

<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>  GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  vom: 23.11.2011 eingegangen: 23.11.2011	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>33. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>27.03.2012</b> <b>1023</b> <b>9</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 2</b>
<b>Einbürgerungskampagne für Karlsruhe</b>		

- Kurzfassung -

Mit dem Ziel, die Anzahl der Einbürgerungen zu erhöhen, führen verschiedene Städte Einbürgerungskampagnen durch. Die Informationen der hierzu befragten Städte lassen keinen klaren Rückschluss darauf zu, ob die Einbürgerungskampagnen tatsächlich einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Anzahl der Einbürgerungen nehmen. Die Verwaltung schlägt daher vor, die Aktivitäten der baden-württembergischen Landesregierung hinsichtlich der geplanten Einbürgerungskampagne abzuwarten und die weitere Vorgehensweise dann im Migrationsbeirat zu beraten.

Die Personalsituation in der Staatsangehörigkeitsstelle lässt derzeit keine zusätzlichen Maßnahmen zu, die zu einer Verbesserung, mehr Transparenz oder einer Beschleunigung der Verfahren führen würden, wenngleich dies als notwendig angesehen wird.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages      nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
abhängig von der Ausgestaltung der Einbürgerungskampagne			
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Kontierungsobjekt: PSP-Element:      Kontenart: Ergänzende Erläuterungen:			
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit

**1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Konzept für eine Einbürgerungskampagne zu erarbeiten und umzusetzen, um besser über die Vorteile der Einbürgerung zu informieren und für die Einbürgerung zu werben.**

Im Jahr 2009 wurden von der Stadt Karlsruhe 333, im Jahr 2010 289 Personen und im Jahr 2011 309 Personen eingebürgert.

Die Einbürgerung selbst ist ein Verwaltungsakt. Die Aushändigung der Einbürgerungsurkunde stellt den Abschluss eines Prozesses dar, der konstitutiv die (dann auch formale) Aufnahme in unsere Gesellschaft mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten bewirkt.

Dies würdigt die Verwaltung der Stadt Karlsruhe mit der jährlich stattfindenden Einbürgerungsfeier und verdeutlicht so, dass der Wunsch, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen und somit Teil der deutschen Gesellschaft zu werden, eine weit größere Dimension als den rein ordnungsrechtlichen Bezug hat.

Das Ergebnis der telefonischen Umfrage bei denjenigen Städten, die bereits Einbürgerungskampagnen durchgeführt haben, liegt als Anlage bei.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass eine Messbarkeit der Ergebnisse nicht besteht. Die Effekte bei den Einbürgerungszahlen sind interpretierbar und gehen nicht zwingend auf die Einbürgerungskampagnen zurück.

Berücksichtigt man zudem, dass im gleichen Zeitraum die Einbürgerungszahlen im Bundesgebiet insgesamt leicht gestiegen sind - auch dort, wo keine Einbürgerungskampagnen durchgeführt wurden -, erscheint der Effekt von Einbürgerungskampagnen noch fragwürdiger.

Gleichwohl haben alle befragten Städte die Kampagne als lohnenswert bezeichnet, was sich wohl aber mehr auf die Außenwirkung als auf messbare Erfolge bezieht.

Das in Baden-Württemberg neu gegründete Ministerium für Integration plant im Frühjahr die Durchführung eines Ideenwettbewerbs, um Anregungen für eine landesweite Einbürgerungskampagne zu gewinnen.

Es wird vorgeschlagen, die Aktivitäten der baden-württembergischen Landesregierung hinsichtlich deren geplanten Einbürgerungskampagne abzuwarten und die weitere Vorgehensweise dann im Migrationsbeirat zu beraten.

**2. Die Stadtverwaltung entwickelt Vorschläge, wie die einzelnen Einbürgerungsverfahren beschleunigt werden können. Außerdem wird geprüft, wie das Einbürgerungsverfahren transparenter, kundenfreundlicher, unbürokratischer und zeiteffektiver gestaltet werden kann.**

Aufgrund der seit Jahren äußerst angespannten personellen Situation und den dadurch entstandenen Rückständen im Sachgebiet Staatsangehörigkeitsrecht/Einbürgerungen wird derzeit keine Möglichkeit gesehen, die Einbürgerungsverfahren zu beschleunigen, transparenter, kundenfreundlicher oder zeiteffektiver zu gestalten.

Seit Jahren mussten in dem 2,5 Vollzeitstellen umfassenden Team jedes Jahr monatelange, krankheitsbedingte Ausfälle aufgefangen werden. Dies führte zu einem enormen Arbeitsrückstand von derzeit 12 - 14 Monaten, der sich aufgrund eines erneuten Personalausfalls seit Ende Januar weiterhin erhöht.

Auch wenn seit Monaten alles versucht wird, um die Situation zu verbessern, konzentrieren sich die Bemühungen allein auf die Bewältigung des Tagesgeschäftes. Notwendige freie Ressourcen, um die wünschenswerte Transparenz oder Beschleunigung zu erreichen, sind derzeit nicht vorhanden.

Die Verwaltung erarbeitet momentan gemeinsam mit den Beschäftigten der Ausländerbehörde ein Gesamtkonzept, um die Anforderungen in diesem Bereich künftig nachhaltig erfüllen zu können. Darin fließen auch Überlegungen zur Entbürokratisierung und zur Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, was in den meisten Fällen auch zu einer Beschleunigung der Verfahren führen würde. Gleichwohl sind nicht die eigentlichen Bearbeitungszeiten das Problem, sondern in der Regel die erheblichen Wartezeiten bis zur Bearbeitung.

Neben den Gedanken über die künftige Organisation der Einbürgerungsstelle sichert die Verwaltung zu, auch Vorschläge zu mehr Transparenz und Bürgerfreundlichkeit zu erarbeiten. Diese können jedoch erst nach einer grundsätzlichen Restrukturierung des Bereiches und damit (wegen der langen Einarbeitungszeiten) erst im Jahr 2013 vorgestellt werden.